Antrag
A1NEU Kinder- und jugendgerechte Gesellschaftsvision des BDKJ: So stellen wir uns eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft vor

Antragssteller*innen:

Antragstext

Vorwort

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind die Gegenwart und Zukunft für unsere Demokratie. Daher ist klar: Es braucht Investitionen in junge Menschen - nicht erst morgen, sondern heute! In einer kinder- und jugendgerechten, solidarischen Gesellschaft stehen die Bedürfnisse und Anliegen junger Menschen im Mittelpunkt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden konsequent an Entscheidungsprozessen beteiligt. Dabei ist es wichtig, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen, aktiv zuzuhören und sie ernst zu nehmen. Als BDKJ setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der junge Menschen bestmögliche Rahmenbedingungen vorfinden, um gut & glücklich aufzuwachsen.

Dies muss auch zentraler Anspruch und Maßstab von Politik sein:

1. Junge Menschen brauchen positive Demokratie-Erfahrungen, um zu engagierten und kritischen Demokrat*innen zu werden. Studien[1] wie der Wirksamkeitsdialog, die Sinus-Jugendstudie oder der Freiwilligensurvey zeigen, wie das in unserer Gesellschaft gelingen kann!
2. Alle Themen betreffen junge Menschen - nicht nur die, auf denen groß „Jugendpolitik“ steht. Das bedeutet auch, dass eine kinder- und jugendgerechte Politik die Bedürfnisse und Fragen sowie die Auswirkungen von Entscheidungen auf die Lebenswirklichkeiten junger Menschen an allen Stellen jederzeit einbezieht.

Für uns ist klar, eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft ist/macht:

1. Beteiligend & selbstbestimmt
2. Gesund & glücklich
3. Vielfältig & geschlechtergerecht
4. Antifaschistisch & aktiv gegen Diskriminierung
5. Armutsfest & chancengerecht
6. Digital kompetent & teilhabegerecht
7. Wertschätzend, ehrenamts- & engagementstärkend
8. Nachhaltig & klimagerecht
9. Global vernetzt & solidarisch

Auf den nächsten Seiten findet sich unsere Vision, wie eine kinder- und

jugendgerechte Gesellschaft aussehen kann. Wir fordern alle Politiker*innen auf, sich dafür einzusetzen und laden alle Menschen ein, mit uns für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft laut zu werden!

1. Beteiligend & selbstbestimmt

Kinder und Jugendliche sind Expert*innen ihrer Selbst. Politik und Gesellschaft haben den Anspruch, die Stimmen von jungen Menschen in ihrer Vielfalt zu stärken und ihnen auch institutionell eigenständige Entscheidungen zu ermöglichen. In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in politische Prozesse eingebunden. Ihre Forderungen werden ernst genommen. Es gibt ein institutionalisiertes Mitspracherecht für junge Menschen in Politik, Kirche und Gesellschaft durch dauerhaft angelegte, geeignete Beteiligungsformate. Jugendverbände, die die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vertreten, sind bedarfsgerecht finanziert. Das bedeutet für uns:

- **Kinderrechte werden im Grundgesetz verankert**. Die UN-Kinderrechtskonvention wird in Deutschland umfassend umgesetzt.
- **Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung und Mitbestimmung in der demokratischen Gesellschaft.**[2]Partizipation wird als Grundrecht aller Kinder und Jugendlichen auf allen politischen Ebenen gelebt.
- **Jugendpolitik macht das Potential junger Menschen in ihrer Vielfalt für die Gesellschaft sicht- und erfahrbar**. Sie zeigt, wie junge Menschen durch ihr Engagement und ihre Perspektiven die Gesellschaft positiv beeinflussen können, denkt Vielfalt, Partizipation und junge Lebenswelten zusammen und stärkt die Mitbestimmung und demokratisches Empowerment insbesondere benachteiligter Kinder und Jugendlicher.
- **Das Wahlalter wird auf mindestens 14 Jahre abgesenkt, damit junge Menschen selbst mitbestimmen können.** Die Absenkung wird für alle Wahlen, insbesondere auch Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sowie für Bürger*innenentscheide und -begehren umgesetzt. Bisherige Altersgrenzen wurden willkürlich gezogen. Junge Menschen sind so früh wie möglich aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden, sodass sie durch eine aktive Einbindung in politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse auch eher dazu befähigt werden können, ihre Meinung einzubringen.
- **Plätze für junge Menschen in Entscheidungsgremien und -prozessen werden fest verankert.** Junge Menschen machen ein Drittel unserer Bevölkerung aus, dementsprechend müssen sie auch in Politik und Gesellschaft viel stärker als bisher an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Dazu werden mindestens 25% der Stellen für Entscheidungsträger*innen in Parlamenten sowie parteilichen und kirchlichen Gremienstrukturen jungen Menschen unter 35 Jahren vorbehalten.[3]

- **Das Recht auf Selbstbestimmung gilt für alle Menschen gleichermaßen – selbstverständlich auch für Kinder und Jugendliche.** Entsprechend dem Leitgedanken „Nichts über uns ohne uns“ wird sichergestellt, dass in politische Entscheidungen, die jungen Menschen betreffen, ihre Anliegen und Perspektiven aktiv einbezogen und selbstbestimmt vertreten werden.
- **Die Jugendstrategie der Bundesregierung wird zielstrebig umgesetzt und fortlaufend weiterentwickelt**. Es gibt eine enge Verzahnung mit der EU-Jugendstrategie. Akteur*innen der Jugend(verbands)arbeit und der Jugendsozialarbeit werden in die Umsetzung der Maßnahmen systematisch eingebunden. Der Jugend-Check wird als begleitendes Instrument zur Abschätzung möglicher Folgen von Gesetzesvorhaben für junge Menschen gesetzlich verankert und verbindlich durchgeführt. Die Ergebnisse fließen in den Gesetzgebungsprozess mit ein.
- **In der Politik wird eine inklusive kinder- und jugendgerechte Sprache verwendet, die jungen Menschen Prozesse transparent und sie sprachfähig macht.** Um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen demokratische Teilhabe zu ermöglichen, wird in der Politik eine einfache und zugängliche Sprache verwendet. Sachverhalte, wie Gesetzesvorhaben und Parteiprogramme, werden klar benannt und verständlich übersetzt bzw. kommuniziert. Dabei stehen die inhaltlichen Aussagen im Vordergrund.
- **Bildung wird praktisch und lebensweltorientiert umgesetzt**. Bildung macht Politik praktisch erlebbar. Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten für junge Menschen sind in Schule, Ausbildung, Beruf und außerschulischen Bildungsorten fest verankert. Zudem gibt es Zugang zu Formen der politischen Bildung, die gezielt auf aktuelle Entwicklungen und Diskurse Bezug nehmen. So wird das nötige Wissen vermittelt, sich selbst in die Gesellschaft einzubringen. Jugendverbände ermöglichen als Werkstätten der Demokratie echte Beteiligung. Ihre finanzielle Ausstattung ist daher gesichert.
- **Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse junger Menschen werden maßgeblich bei der Neukonzipierung, Implementierung und Reflexion von politischen Beteiligungsprozessen sowie -formaten eingebunden**. Dabei werden Altersgrenzen für die Besetzung dieser Prozesse und Formate den Vertretungsstrukturen der zivilgesellschaftlichen Organisationen gerecht.
- **Jugendverbände werden in die Beratung der Bundesregierung systematisch einbezogen**. Dies geschieht in Anerkennung ihres Wirkens als Werkstätten der Demokratie – und somit als wichtige selbstorganisierte, zivilgesellschaftliche demokratische Lernorte - und ihrem Auftrag, die Anliegen und Interessen junger Menschen nach § 12 Abs. 2 SGB VIII zu vertreten. Dabei wird auch die Anzahl ihrer Mitglieder berücksichtigt.

2. Gesund & glücklich

Gesundheit ist essenziell für das Wohlbefinden und Aufwachsen junger Menschen. In Kindheit und Jugend werden wichtige Grundlagen für die zukünftige Gesundheit gelegt. In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft stellen umfassende Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes sicher, dass junge Menschen gewaltfrei, sicher und gesund aufwachsen. Die Entwicklung sozialer Kompetenzen, Resili ein verantwortungsvoller Umgang mit den eigenen Kräften und Grenzen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird als wichtige gesundheitsfördernde Ressource erkannt und gezielt gefördert. Junge Menschen haben Zugang zu gesunden Lebensmitteln, ausreichender Bewegung, einer sauberen Umwelt sowie niedrigschwelligen Angeboten zur Stärkung der mentalen Gesundheit. Das bedeutet für uns:

- **Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen haben Priorität.** Dies spiegelt sich auch in einer kinder- und jugendgerechten Gestaltung öffentlicher Räume. Politisch wird Wert auf die Stärkung sozialer Beziehungen und Gemeinschaft gelegt: Im Fokus steht das Miteinander anstatt des Erbringens von Leistung zur Verwertung im kapitalistischen System. Es gibt eine starke Infrastruktur, die darauf ausgerichtet ist, dass Menschen generationenübergreifend Freundschaften knüpfen, voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen können. Individuelle Stärken werden bereits in Kindheit und Jugend gefördert und damit kreative Entfaltung ermöglicht. So werden die Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen gestärkt.
- **Die Perspektiven junger Menschen – mitsamt ihren Ideen, Ängsten und Wünschen - werden ernstgenommen.**Klimaangst, ökonomischer Unsicherheit, Angst vor Kriegen und weiteren Krisen wird durch ernsthafte Politikansätze begegnet, die nachhaltige, sozial und geschlechtergerechte sowie friedensfördernde Maßnahmen stärken, um eine lebenswerte Zukunft für alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu sichern.
- **Kinder und Jugendliche haben das Recht, sicher und geschützt aufzuwachsen.** Gesetzliche Regelungen schützen Kinder und Jugendliche vor allen Formen der Gewalt. Präventive Maßnahmen zum Schutz vor insbesondere sexualisierter Gewalt werden umfassend umgesetzt. Strukturen zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt werden in allen gesellschaftlichen Bereichen – auch der Kirche –staatlich konsequent gefördert.
- **Mentale Gesundheit wird in der gesamten Erziehungs- und Bildungskette gezielt gestärkt.** Psychische Erkrankungen sind entstigmatisiert. Unterstützungssysteme, die das Wohlbefinden und die mentale Gesundheit junger Menschen fördern, sind ausgebaut. Alle jungen Menschen haben Zugang zu professionellen und geschlechtersensiblen Therapieangeboten, auch in ländlichen Räumen. Es gibt niedrigschwellige Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für haupt- und ehrenamtlich Engagierte zur Stärkung von Resilienz und mentaler Gesundheit.
- **Menschen allen Alters verfügen über einen reflektierten Umgang mit**

gesellschaftlichen Rollenbildern und sexueller Gesundheit. Dazu tragen niedrigschwellige Informations-, Beratungs- und Schulungsangebote bei, die bedarfsorientiert ausgestaltet sind. Einen Baustein bilden dabei diskriminierungs- sowie angstfreie Räume für junge Menschen zur Aneignung von Wissen, zur Formulierung von Fragen und zum Austausch mit Peers und Fachkräften.

- **Das Gesundheitssystem ist geschlechtergerecht. Patriarchale Normen sind überwunden**: Ein männlich gelesener Körper gilt in der Gesundheitsforschung und -versorgung nicht länger als Norm. Durch die Verankerung von Geschlechtersensibilität in Forschung, Ausbildung und Prävention können Krankheiten von insbesondere Mädchen und jungen Frauen, von trans*, inter* und nicht-binären Personen frühzeitig erkannt, adäquat behandelt und wirksam vorgebeugt werden.
- **Ein diskriminierungsfreier Zugang zu Gesundheitsleistungen und -produkten ist für alle jungen Menschen in ihrer Vielfalt sichergestellt.** Tabuisierungen, Wissenslücken und Mythen werden durch gezielte Aufklärung, geschlechtersensible Studien, niedrigschwellige Informationsangebote und realistische Körperbilder abgebaut. Allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird der qualitativ bestmögliche Schutz sowie die Versorgung, Untersuchung, Begleitung und Behandlung zuteil.
- **Menstruation ist enttabuisiert und Periodenarmut ist bekämpft.** Es werden effektive Maßnahmen gegen Periodenarmut umgesetzt. Dazu gehört, dass Schulen und öffentliche Einrichtungen flächendeckend mit kostenlosen, biologisch und fair produzierten Menstruationsprodukten ausgestattet werden.
- **Emotional Work und Care-Arbeit werden in ihrer Bedeutsamkeit für das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sichtbar.** Es werden politische Anreize geschaffen, damit sich Mental Load auf verschiedenen Verantwortungsträger*innen verteilt und von Personen aller Geschlechter gleichermaßen übernommen wird.
- **Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII tragen mit ihren vielfältigen und bedarfsgerecht finanzierten Angeboten zur Verhinderung von Einsamkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei.** Das Potential außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, Persönlichkeitsentwicklung zu stärken, soziale Peer-Beziehungen aufzubauen und (damit) Einsamkeit entgegenzuwirken, wird erkannt. Insbesondere diskriminierungssensible Strukturen und Maßnahmen für junge Menschen werden gezielt gefördert.

3. Vielfältig & geschlechtergerecht

In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft ist Vielfalt nicht nur ein Schlagwort, sondern gelebte Praxis. Es ist selbstverständlich, gesellschaftliche

Vielfalt als Bereicherung wertzuschätzen, gängige Normen sowie die eigene Haltung immer wieder zu hinterfragen, einander mit der Offenheit zu begegnen und voneinander lernen zu wollen. Junge Menschen haben - unabhängig von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, sozialem Status, ökonomischen Voraussetzungen, Bildungshintergrund, ethnischer/ kultureller Herkunft sowie kognitiven und körperlichen Fähigkeiten – gerechte Chancen, gut aufzuwachsen und sich frei zu entfalten. Das bedeutet für uns:

- **Junge Menschen sind keine einheitliche Gruppe, sondern vielfältig**. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben vielfältige Biografien, Interessen, Stärken, Bedürfnisse und Lebensentwürfe. Diese sind in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen und zu berücksichtigen, wenn mit und über junge Menschen gesprochen wird und es um die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihre diversen Lebenswirklichkeiten geht.
- **Politik und Gesellschaft agieren diversitätskompetent.** Es gibt ein gemeinsames Bewusstsein dafür, dass Vielfalt stets intersektional zu denken ist und durch feministische Ansätze gezielt Menschenrechte gestärkt, Repräsentanz erhöht und Ressourcenausstattungen gerechter gestaltet werden können.
- **Vielfalt ist überall sichtbar.** Junge Menschen finden in Politik, Medien, Filmen, (Schul-)Büchern und Spielen vielfältige Vorbilder, die ihre Lebensrealitäten abbilden, ohne, dass sie Stereotype transportieren. In bestimmten gesellschaftlichen Bereichen werden Quotierungen genutzt, um unterrepräsentierten Gruppen Zugang zu Gestaltungsräumen zu verschaffen und Macht umzuverteilen. Dazu werden Entscheidungsgremien und Parlamente geschlechterparitätisch besetzt - auch im Bundestag. Darauf wird in einer nächsten Wahlrechtsreform hingewirkt.[4]
- **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung können in allen Lebensbereichen angstfrei und gleichberechtigt teilhaben**. Dazu wird politikfeldübergreifend eine Kultur inklusiven Denkens und Handelns gefördert: durch Bewusstseinsbildung, inklusive Kommunikation *(z. B. Einfache Sprache, Gebärdensprache*) und ausreichend Ressourcen, die barrierefreie Zugänge ermöglichen.
- **Care-Arbeit ist gerecht verteilt**. Dazu werden politische Instrumente geschaffen und wirtschaftliche Anreize gesetzt. Zudem wird entlang der gesamten Erziehungs- und Bildungskette eine geschlechter-, care- und diversitätssensible Pädagogik etabliert, damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene geschlechtsunabhängig Zugang zu vielfältigen Lebensentwürfen erhalten und die gleichberechtigte Ausübung von Care-Arbeit für sie selbstverständlich wird.
- **Alle Geschlechter sind tatsächlich gleichberechtigt**. Die Gesellschaft arbeitet darauf hin, das binäre Geschlechtermodell hinter sich zu lassen und berücksichtigt zugleich die vielfältigen Bedarfe unterschiedlich

positionierter Personen(gruppen), einschließlich safer und braver spaces für einzelne Communities. Neben mädchen- und frauenpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gibt es gezielt queerpolitische Politikprogramme, die insbesondere die Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen beinhalten. Zudem wird die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung unter Beteiligung von Interessensvertretungen junger Menschen weiterentwickelt.

- **Es gibt starke gleichstellungspolitische Rahmenbedingungen, die jungen Menschen - unabhängig ihrer familiären Konstellation - ein gleichberechtigtes Aufwachsen ermöglichen**. Dazu gehört, sämtliche Politikbereiche nach feministischen Grundsätzen auszurichten, so z. B. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Konkret wird das Ehegattensplitting abgeschafft. Daneben werden stärkere steuerliche Vorteile für Verantwortungsgemeinschaften eingeführt. Lohnunterschiede werden konsequent bekämpft und der Gender Pay Gap, Gender Time Gap und Gender Pension Gap geschlossen. Minijobs werden in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt und das Konzept des Sustainable & Gender Budgetings wird in allen öffentlichen Haushalten konsequent umgesetzt. Durch die Sicherstellung eigenständiger Existenzsicherung wird Altersarmut insbesondere von Frauen verhindert.

4. Antifaschistisch & aktiv gegen Diskriminierung

In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft werden junge Menschen vor Diskriminierung geschützt und zugleich befähigt und empowert, eine gerechte Gesellschaft mitzugestalten. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat hier keinen Platz. Für Menschen allen Alters ist es selbstverständlich, aktiv gegen Diskriminierung einzustehen, klare Kante gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antifeminismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit zu zeigen und sich mit marginalisierten Gruppen zu solidarisieren. Das Miteinander ist von Empathie, Mut und einem demokratischen Gemeinschaftsgefühl geprägt, das alle Generationen miteinander verbindet. Das bedeutet für uns:

- **Antidiskriminierungsgesetze schützen junge Menschen vor Diskriminierung in allen Lebensbereichen**.[5] Erwachsene kommen ihrer Verantwortung, junge Menschen zu schützen, aktiv nach. Kinder und Jugendliche sind darüber informiert, welche Rechte sie haben. Leicht zugängliche, kindgerechte Mechanismen zur Meldung von Diskriminierung sind vorhanden.
- **Es gibt konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.** Rechte Übergriffe und Gewalttaten werden als solche benannt und konsequent verfolgt. Rassistisch, antisemitisch, antifeministisch, ableistisch, queerfeindlich motivierte Gewalttaten werden nicht als Einzelfälle abgetan, sondern in ihren strukturellen und institutionellen Dimensionen ernstgenommen. Es gibt präventive Maßnahmen,

um Betroffene besser zu schützen und insbesondere das Sicherheitsgefühl von (unterschiedlich positionierten) Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu stärken.

- **Durch eine starke Antidiskriminierungs- und Geschlechterpolitik wird geschlechtsspezifische Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen bekämpft.** Zur Überwindung struktureller Ungleichheiten ist Geschlechtergerechtigkeit als politikfeldübergreifendes Querschnittsanliegen verankert. Geschlechtersensibilität in der Forschung wird gezielt gefördert, um das Gender Data Gap zu schließen. Auch bei der (Weiter-) Entwicklung von Künstlicher Intelligenz wird dies berücksichtigt, damit Algorithmen keine sexistischen, ableistischen, adultistischen und rassistischenDiskriminierungsmuster reproduzieren.
- **Der Einsatz gegen Antifeminismus ist zentraler Bestandteil des demokratischen Engagements und als wichtiges Element zur Demokratiebildung und -stärkung etabliert**.[6]
  Antifeminismus und Gleichstellungspolitik werden als zentrale Mobilisierungsfelder autoritärer und demokratiefeindlicher Kräfte ernst genommen. Maßnahmen und Bildungsprogramme für insbesondere junge Menschen sowie Organisationen, die Antifeminismus bekämpfen, werden finanziell langfristig gefördert.
- **Es gibt effiziente Maßnahmen zum Schutz insbesondere von Mädchen und jungen Frauen vor Gewalt.** Dies umfasst auch die Stärkung von Gesetzen zum Schutz von Mädchen- und Frauenrechten. Femizide werden als solche benannt und Maßnahmen zur Verhinderung dieser aktiv gefördert. Es gibt eine bedarfsgerechte Förderung der Frauenhaus-Infrastruktur, die die Sicherheitslage gewaltbetroffener Kinder und Frauen massiv verbessert.
- **Rechtspopulistische und extrem rechte Positionen werden konsequent zurückgedrängt.**
  Parteipolitische Akteur*innen setzen sich mit Unterstützung der Zivilgesellschaft in analogen und digitalen Räumen sowie lokal und global dafür ein, rechtspopulistischen und extrem rechten Positionen in ihren Strukturen, den Medien, der Politik und der Gesellschaft insgesamt aktiv entgegenzuwirken. Dies geschieht z. B. durch die konsequente Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen, strafrechtliche Maßnahmen gegen Hassreden und rechtsextremistische Aktivitäten sowie die Maßnahmen der wehrhaften Demokratie. Insbesondere Parteien, Politiker*innen und Influencer*innen verzichten auf rechtspopulistische (Wahlkampf-) Strategien und Aussagen, die zu Desinformation führen.
- **Es erfolgt eine diskriminierungs- und machtkritische Reflexion von gesellschaftlichem Wissen.** Es gibt ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass unser Wissen eurozentrisch und aus patriarchal geprägten Strukturen hervorgegangen ist und somit nur einen Ausschnitt der Realität

darstellt. Durch die Anerkennung und Wertschätzung verschiedener Formen von Wissen, der Erfahrungen von marginalisierten Gruppen, jungen Perspektiven und lokalem Know-How entsteht eine gerechtere und umfassendere Sicht auf die Welt. Diese Perspektive wird in das gesamte Bildungswesen und alle Politikfelder integriert und stößt eine kritische Reflexion an: *Was ist wichtig zu wissen? Wer schreibt Geschichte? Aus welchem Blickwinkel und auf Grundlage welchen Wissens werden Entscheidungen getroffen?Welcher Maßstab liegt den gesellschaftlichen und politischen Normen zugrunde?*

- **Rassismuskritische Bildungsarbeit wird als wichtiges Instrument genutzt, um über Rassismus aufzuklären, für rassistische Erscheinungsformen zu sensibilisieren und Diskriminierung entgegenzuwirken.** Es gibt ein gemeinsames Verständnis darüber, dass Menschen unterschiedlich von Rassismus betroffen sind und unterschiedliche Positionen in rassistisch strukturierten Systemen haben. Dazu gehört, Rassismus als gesamtgesellschaftliche Ordnung zu verstehen, die alle Lebensbereiche umfasst. Denk- und Handlungsmuster sowie damit verbundene Machtstrukturen werden aktiv reflektiert, internationale Begegnungen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen können hierbei sinnvolle Beiträge leisten und werden entsprechend gefördert. Es werden Strategien entwickelt, um Betroffene rassistischer Diskriminierung zu stärken. Dies spiegelt sich auch in Lehrplänen sowie der Sensibilisierung von Pädagog*innen und Fachkräften in der (außer-) schulischen Kinder- und Jugendarbeit.
- **Organisationsstrukturen werden diskriminierungskritisch hinterfragt und struktureller Rassismus wird aufgearbeitet.** Institutionelle und strukturelle Mechanismen werden regelmäßig auf rassistische und anderweitig diskriminierende Praktiken überprüft und entsprechend angepasst. Vorfälle von institutionellem Rassismus und Polizeigewalt werden umfassend aufgearbeitet.[7]
- **Der öffentliche Raum ist dekolonial und diskriminierungskritisch gestaltet.** Junge Menschen wachsen in eine Gesellschaft hinein, in der Straßen und Denkmäler keine kolonialen Erzählungen transportieren. Es erfolgt ein machtkritischer Perspektivwechsel: Straßennamen werden umbenannt oder im ersten Schritt mindestens kommentierend eingeordnet. Sie machen (postkoloniale) Aktivist*innen und insbesondere Frauen und queere Personen unterschiedlichen Alters sichtbar. Auch in der diskriminierungssensiblen Stadtplanung insgesamt spiegeln sich die Interessen und Bedarfe junger Menschen konsequent wider.
- **Junge Menschen wachsen in einer Gesellschaft auf, die frei von Diskriminierung und Vorurteilen gegenüber Personen in und aus Ostdeutschland ist.** Ihre politische und historische Prägung wird als Bereicherung und Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt anerkannt.

Bestehende Vorurteile sind abgebaut und durch ein Klima von Respekt, Offenheit und Zusammenhalt ersetzt.

5. Armutsfest & chancengerecht

In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft wird gesellschaftliche Teilhabe allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer Vielfalt gleichermaßen ermöglicht. Chancen junger Menschen werden nicht durch ihre sozioökonomische Herkunft bestimmt. Es gibt keine Strukturen mehr, die junge Menschen dazu zwingen, ihren Fokus und ihre (Aus-)Bildung auf die Erwerbsarbeit auszurichten. Vielmehr kann Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als ganzheitliches Konzept wahrgenommen werden. Sie wachsen in einem unterstützenden Umfeld auf, das die individuelle Entwicklung fördert und ihre Potenziale entfaltet. Materielle Sicherheit ist für alle gewährleistet. Alle jungen Menschen haben die Freiheit, ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu gestalten. Das bedeutet für uns:

- **Armut von jungen Menschen wird mit einem bedingungslosen Grundeinkommen aktiv begegnet**. Im Sinne einer solidarischen Gesellschaft werden Strukturen der Umverteilung geschaffen, die allen Menschen Teilhabe an Besitz, Einkommen und Gesellschaftsgestaltung sichern.[8] Dafür ist eine bedarfsgerechte und zukunftsfeste Kindergrundsicherung ein erster notwendiger Schritt.
- **Bildungschancen hängen nicht vom sozialen Status und ökonomischen Voraussetzungen ab.** Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erfahren unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleiche Bildung. Dazu trägt ein durchlässigeres Bildungssystem bei, das unabhängig vom Elternhaus oder Vormundschaftsbedingungen funktioniert.
- **Der Übergang zwischen Schule/Berufsvorbereitung und Ausbildung wird in stärkerem Maße personell begleitet.** Es gibt dazu flächendeckende, personelle Angebote im Rahmen von mobiler aufsuchender Arbeit, die es ermöglichen, vor allem isolierte Jugendliche und junge Erwachsene an Ausbildung heranzuführen. Die Ausbildungsgarantie setzt auch im schulischen Raum bereits früher an. Hierzu gibt es frühzeitige Übergangscoachings.
- **Die Entscheidung für eine Ausbildung und ein Studium kann frei von finanziellen Aspekten getroffen werden.** Es erfolgt eine finanzielle Sicherung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Studium, z. B. durch eine Erhöhung der Förderung durch Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und des BAföG. Zudem wird bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende und Student*innen geschaffen.
- **Im Ausland erworbene Abschlüsse werden in Deutschland einfacher und fair anerkannt.** Junge Menschen mit Migrationserfahrungen erhalten auf diese Weise eine berufliche Perspektive, die ihnen Unabhängigkeit von

finanziellen Sicherungssystemen bietet.

- **Junge Menschen können ihr Leben langfristig gestalten und sind arbeitsrechtlich in ihrer Beschäftigung geschützt.** Politische Maßnahmen, die prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenwirken, werden ausgebaut. Arbeitsbedingungen sind für alle jungen Menschen gerecht und sicher.
- **Junge Menschen haben ein Recht, sich neue arbeitsrechtliche Bedingungen zu erkämpfen, die ihren (Zukunfts-)Perspektiven und Bedürfnissen gerecht werden.** Dazu gehört auch das Recht, Arbeitsformen zu schaffen, die nicht nur wirtschaftliche Sicherheit bieten, sondern auch Raum für persönliche Entfaltung, kreative Freiheit und nachhaltige Lebensweisen ermöglichen und so eine zukunftsfähige Arbeitswelt zu gestalten.
- **Sorgeberufe genießen eine hohe Anerkennung durch faire Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen.** Sorgeberufe sind strukturell aufgewertet. Bausteine dafür sind die Zahlung einer Ausbildungsvergütung und die Abschaffung des Schulgelds in den vollzeitschulischen Ausbildungsberufen, moderne Berufsbilder, sowie die Verbesserung der Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in Sorgeberufen.
- **Alle jungen Menschen haben (zeit-)gerechte Chancen zur freien Entwicklung und individuellen Entfaltung.** Politische Rahmenbedingungen sorgen für mehr Zeitgerechtigkeit und ermöglichen jungen Menschen Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie umfassende gesellschaftliche Teilhabe: kulturell, sozial, politisch, ökonomisch, digital, gesundheitlich, räumlich, infrastrukturell, religiös und spirituell. Die Verteilung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die Aufwertung von Care-Arbeit und der wachsende Bedarf an Zeitsouveränität sind wichtige Faktoren, die dabei zeitpolitisch zusammengedacht werden.
- **Außerschulische Bildungsorte sind für alle zugänglich.** Das formale Bildungssystem sieht Freistellungsregelungen zur Ermöglichung ehrenamtlichen Engagements vor, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich in außerschulischen Bildungsorten, wie z. B. der Jugendverbandsarbeit zu entwickeln.
- **Die Bundesregierung investiert in eine finanziell bedarfsgerechte Ausstattung der Bildungssysteme und Programme zur Förderung der sozialen Teilhabe und psychischen Gesundheit**. Dies stellt eine flächendeckende digitale als auch analoge Infrastruktur sicher. Auswirkungen der multiplen Krisen - nicht zuletzt der Coronapandemie - für junge Menschen wird aktiv begegnet. Insbesondere für benachteiligte Personengruppen werden gezielt Unterstützungsprogramme gefördert.
- **Chancengleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland ist Realität.** Junge Menschen in ganz Deutschland haben unabhängig vom Wohnort gleichwertige Chancen: Bildung, wirtschaftliche Perspektiven und Zugang zur Infrastruktur sind gesichert. Strukturelle Unterschiede zwischen Ost und

West sind überwunden und eine gerechte Förderung ermöglicht allen, ihre Potentiale voll zu entfalten.

6. Digital kompetent & teilhabegerecht

Junge Menschen wachsen in einer sich immer weiter digitalisierenden Welt auf. Die Unterscheidung zwischen Digitalem und Analogem spielt in ihren Lebenswelten oft keine Rolle mehr. Deshalb ist Digitalpolitik immer auch Gesellschaftspolitik. In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft ist Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen an, in und durch digitale Räume sichergestellt.[9] Technische, materielle, soziale, rechtliche und politische Zugangsvoraussetzungen ermöglichen dies. Politische Entscheidungen werden daran gemessen, inwieweit sie einen Rahmen schaffen, der das gewährleistet. Kinder, Jugendliche und Erwachsene können sich souverän, selbstbestimmt und sicher in analogen und digitalen Räumen bewegen, einbringen und weiterentwickeln. Das bedeutet für uns:

- **Die digitalen Rechte von Kindern und Jugendlichen werden im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umgesetzt**.[10] Politische Rahmenbedingungen orientieren sich an der Lebenswelt junger Menschen, ermöglichen Mitbestimmung, Teilhabe und Verantwortung. Sie sind praktikabel, bieten Sicherheit und öffnen Freiräume.
- **Feministische Digitalpolitik wird gezielt gestärkt.**[11]Kinder und Jugendliche wachsen in eine Gesellschaft hinein, in der die digitale Öffentlichkeit demokratisch, feministisch und nachhaltig gestaltet ist. Dafür werden Diskriminierungsmuster sowie globale und soziale Machtstrukturen systemisch analysiert und der Einsatz von Technologien wird aus junger Perspektive kritisch hinterfragt. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Interessen und digitalpolitischen Bedürfnisse junger Menschen vertreten, werden als Expert*innen in politische Meinungsbildungsprozesse eingebunden.

Teilhabe an digitalen Räumen:

- **Die digitale Infrastruktur ist für alle zugänglich.** Digitale Ressourcen sind nicht abhängig von finanziellen Mitteln oder Bildungsräumen. Alle jungen Menschen haben Zugang zu - für die jeweiligen Zwecke angemessenen – eigenen digitalen Endgeräten und gutem Internetzugang. Sowohl formale als auch nonformale Bildungsräume sind so ausgestattet, dass alle jungen Menschen die gleichen digitalen Kompetenzen erlangen können. Es werden öffentlich zugängliche Orte gefördert, an denen moderne Hard- und Software sowie kostenfreier und sicherer Internetzugang zur Verfügung stehen. Ein neuer DigitalPakt berücksichtigt auch außerschulische Lernorte wie Jugendverbände und Jugendberufshilfe.
- **Junge Menschen werden in der Entwicklung ihrer digitalen Mündigkeit von kompetenten Personen unterstützt.** Digitale Mündigkeit wird als

altersunabhängiges gesellschaftliches Entwicklungsfeld verstanden, das auf lebenslangem Lernen basiert. Dazu gehört zu verstehen, wie digitale Räume funktionieren, zu lernen, Medien kompetent zu nutzen und Informationen kritisch zu hinterfragen. Digitale Bildung fördert digitale Teilhabe und vermittelt digitale Kompetenzen, die sich auch in schulischen Lehrplänen und der Ausbildung von Lehrkräften widerspiegeln. Sorgeberechtigte, Lehrkräfte, Pädagog*innen und Gruppenleiter*innen erweitern in Fortbildungen ihre digitalen Fähigkeiten und ihre Medienkompetenz. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch auf Privatsphäre, werden dabei besonders berücksichtigt.

- **Junge Menschen können digitale Räume für ihre Themen und Bedürfnisse nutzen.** Sie finden dort vertrauenswürdige, barrierearme und altersgerecht aufbereitete Inhalte sowie eine unterstützende und respektvolle Kultur vor und können sich vertraulich und anonym zu Themen austauschen, die sie beschäftigen. Förderprogramme berücksichtigen digitale Angebote daher flächendeckend und in angemessener Höhe. Auch im Kinder- und Jugendplan (KJP) sind digitale Angebote und Veranstaltungen förderfähig.

Teilhabe in digitalen Räumen:

- **Junge Menschen aus marginalisierten Gruppen werden durch Vorbilder motiviert, sich selbst bei der Gestaltung digitaler Räume einzubringen**. Entscheidungspositionen und Teams, die digitale Räume entwerfen, bereitstellen und betreuen, sind divers besetzt. Durch die Mitwirkung vielfältiger Personen, insbesondere von FINTA* und Menschen mit Behinderung werden die Räume sicherer und inklusiver gestaltet.

- **Hass und Gewalt haben in digitalen Räumen keinen Platz.** Adultistische sowie antifeministische Anfeindungen und Mobilisierungen werden konsequent bekämpft, u.a. durch die Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verfolgung digitaler Gewalt und eine Kennzeichnungspflicht für automatisiert verbreitete Inhalte (Bots). Zur Unterstützung gestalten Internetunternehmen ihre eigenen Strukturen täter*innenunfreundlich, sicherer und inklusiver. Geschlechtersensible und intersektionale Präventionsmaßnahmen und Beratungsstellen für Betroffene von digitaler Gewalt werden eingeführt. Zudem gibt es Spezialist*innen bei jeder Polizeidienststelle für Hate Speech.[12]

Teilhabe durch digitale Räume:

- **Digitale Räume und Technologien ermöglichen Emanzipation**. Digitale Interaktionen fördern kritisches Denken, Empathie und bieten Zugang zu vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten, die junge Menschen nutzen, um sich zu vernetzen und ihre Lebenswelt aktiv zu gestalten. Dabei werden insbesondere marginalisierte Stimmen sichtbar gemacht und gestärkt, um Machtstrukturen zu hinterfragen und abzubauen.

- **Digitale Technologien werden gezielt zur Stärkung der Teilhabe junger**

Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft genutzt. Digitale Beteiligungsformate werden auf allen Ebenen (kommunal, landesweit, bundesweit, in der EU) ausgebaut und verbindlich sowie transparent gestaltet. Sie sind so konzipiert, dass sie für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Vielfalt erreichbar, verständlich und attraktiv sind.

7. Wertschätzend, ehrenamts- & engagementstärkend

Kinder und Jugendliche wollen sich einbringen und engagieren. Das zeigen sie in ihrem persönlichen Umfeld und in der Jugendverbandsarbeit, an ihren Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen, in ihren Einsatzstellen im Freiwilligendienst, als freiwillig Wehrdienstleistende und auch in der Politik.
In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft wird das Engagement junger Menschen wertgeschätzt und gefördert. Das bedeutet für uns:

- **Junge Menschen haben ein Recht auf ausreichend Freiräume und unverzweckte Zeit im Alltag, um sich selbst zu entfalten und ihren Interessen nachzugehen.** Die Zeit, die junge Menschen für ihre formale Bildung verwenden müssen, wird deshalb auf 35 Stunden pro Woche beschränkt.[13] Die Politik setzt Anreize für eine Gesellschaft, in der neben der formalen Bildung auch informelle Bildung und arbeitsmarktneutrales Engagement – jenseits von gesellschaftlichen Verwertungs- und Ökonomisierungslogiken - zählt.
- **Alle jungen Menschen haben die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren.** Hierzu schafft die Politik rechtsverbindliche und flexible Lösungen (z. B. Freistellungsregelungen), damit auch Schüler*innen, Auszubildende und Arbeitnehmer*innen in unterschiedlichen Formen ehrenamtlich aktiv sein können. Auch der gesetzliche Anspruch auf Sonderurlaub wird gewährt.
- **Schule, Ausbildung, Studium und Ferienfahrten sind gut miteinander vereinbar**. Da viele Ferienangebote, gerade der Jugendverbandsarbeit, von ehrenamtlich Engagierten leben, wird ein gemeinsamer deutschlandweiter Ferienkorridor von mindestens zwei Wochen in den Sommerferien geschaffen. Gleichzeitig werden die Zeiten von Schul- und Semesterferien stärker harmonisiert.
- **Student*innen, die sich ehrenamtlich engagieren, können für ihre gesamte Studiendauer staatliche Unterstützung in Form von BAföG erhalten**. Das beinhaltet insbesondere die Genehmigung von zusätzlichen Urlaubssemestern für das Ausführen von Ehrenämtern. Dabei wird nicht zwischen hochschulpolitischem und anderweitigem ehrenamtlichen Engagement unterschieden.
- **Ehrenamt wird strukturell gefördert, um wirken zu können.** Deshalb wird die

finanzielle Unterstützung der freien Jugendhilfe sowie der Jugendverbandsarbeit auf Bundesebene so ausgebaut, dass sie den Zielen, Aufgaben und Forderungen des SGB VIII gerecht werden können. Dazu wird der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) finanziell bedarfsgerecht ausgestattet und dynamisiert. Es ist sichergestellt, dass auch die Finanzierung von dauerhaften Strukturen, wie Personal- und Betriebskosten, langfristig gewährleistet ist. So wird sichergestellt, dass junge Menschen Orte und Strukturen finden können, in denen sie sich engagieren möchten.

- **Junge Menschen werden mit ihren persönlichen Entscheidungen ernst genommen: Statt eines deutschlandweiten Pflichtdienstes haben sie ein Recht auf ein Engagement im Freiwilligendienst.** Alle Jugendlichen sind umfassend über die Möglichkeiten eines Freiwilligendienstes informiert und ihnen wurde während der Schulzeit eine entsprechende kostenfreie Beratung angeboten. Wo immer junge Menschen, Einsatzstellen und Träger sich auf den Abschluss einer Freiwilligendienstvereinbarung einigen, ist diese im Rahmen der bewährten Programme durch den Bund auskömmlich zu fördern. Für die Ableistung eines Freiwilligendienstes erhalten sie ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BAföG-Niveau, um das Dienstrecht auch tatsächlich umsetzen zu können und nicht aus sozioökonomischen Gründen an ihrem Engagement für Gesellschaft und Demokratie gehindert zu werden.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement erhalten gesellschaftliche Wertschätzung**. Dies geschieht beispielsweise in Form der Anerkennung eines Freiwilligendienstes als doppelte Wartesemester oder durch die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für Freiwillige und ehrenamtlich tätige Personen in der Kinder- und Jugendarbeit, die eine Jugendleiter*in-Card (Juleica) haben.
- **Junge Menschen, die einen Incoming-Freiwilligendienst leisten möchten, erhalten ein Visum**. Ein unbürokratischer und transparenter Prozess ermöglicht es jungen Freiwilligen – unabhängig von ihrer Herkunft – schnell und sicher ein Visum zu erhalten. Dazu wird die notwendige administrative Unterstützung bereitgestellt und finanzielle Hürden werden abgebaut.

8. Nachhaltig & klimagerecht

In einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft sind Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit untrennbar miteinander verwoben. Die Bewahrung der Schöpfung, ein sorgsamer Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Einsatz für eine weltweit nachhaltige und gerechte Entwicklung sind selbstverständlich. Handlungsleitend ist das Bewusstsein, dass jeder Mensch heute und in Zukunft das gleiche Recht hat, die Atmosphäre und eine gesunde Umwelt zu nutzen, ohne sie zu belasten. So wird sichergestellt, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen Wirklichkeit werden. Um dem entgegenzuwirken, dass insbesondere junge Menschen im Globalen Süden, die am

wenigsten zur dreifachen planetaren Krise beitragen und dennoch am stärksten unter ihren Folgen leiden, stärken internationale Partnerschaften eine globale nachhaltige Entwicklung und setzen sich für die Umsetzung der Agenda 2030 ein, die gerechtere Lebensverhältnisse für alle schafft. Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit.[14] Das bedeutet für uns:

- **Klima- und Biodiversitätsschutz wird in allen Bereichen mitgedacht.** So werden langfristige und nachhaltige Lösungen erreicht. Dazu werden ambitionierte(re) Maßnahmen ergriffen, wie etwa eine stärkere CO2-Bepreisung und ein massiver Ausbau erneuerbarer Energien, um Vorreiter im Klimaschutz zu werden und das 1,5°C-Limit einzuhalten. Gleichzeitig werden klimaschädliche Subventionen abgeschafft, um damit z. B. den Ausbau einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.[15]
- **Da die Klimakrise eine globale Krise ist, trägt Deutschlandeinen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung bei**. Dafür werden zusätzlich zur 0,7%-Quote für öffentliche Entwicklungsleistungen finanzielle Mittel bereitgestellt. Zudem setzt sich die Bundesregierung gemeinsam mit Partner*innen für Staatsinsolvenzverfahren und Schuldenstreichungen für (hoch-) verschuldete Länder im Globalen Süden ein.[16] Staaten im Globalen Süden können so in soziale Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Klimaschutz investieren.
- **Menschen, deren Lebensgrundlage durch die Klimakrise bedroht ist, haben ein Recht auf Schutz.** Die Bundesregierung erkennt die direkten Folgen der Klimakrise, wie den Anstieg des Meeresspiegels und extreme Wetterereignisse, als Fluchtursache an und entwickelt einen Kriterienkatalog. Eine enge Zusammenarbeit mit der EU ermöglicht eine gesamteuropäische Reform der Asylpolitik, die den Herausforderungen der Klimakrise gerecht wird.
- **Es gibt konsequente und verbindliche Maßnahmen zur Reduktion von Emissionen in allen Sektoren.** Um Emissionen insbesondere im Bau- und Verkehrssektor zu senken, erfolgt die Rückkehr zu verbindlichen Sektorzielen im Klimaschutzgesetz. Die festgelegten Ziele werden konsequent verfolgt und regelmäßig überprüft.
- **Es wird ein sozial gerechtes Klimageld eingeführt.** Ein Klimageld ist ein zentraler Baustein, um soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik sicherzustellen und die Kosten der Klimakrise gerecht zu verteilen. Einkommensschwache Haushalte werden entlastet, während Menschen mit hohem CO2-Ausstoß mehr Verantwortung übernehmen. Ein Klimageld wird ab 2026 sozial gestaffelt eingeführt, basierend auf Faktoren wie Einkommen, Wohnort und Zugang zum öffentlichen Verkehr.
- **Mensch, Umwelt und Klima stehen im Mittelpunkt der Mobilität und Infrastrukturplanung.** Mobilität ist gesellschaftliche Teilhabe und wird daher klimafreundlich, sozial gerecht und inklusiv gestaltet, um allen

Menschen – besonders jungen und marginalisierten Gruppen – eine sichere und zugängliche Mobilität zu ermöglichen. Insbesondere in ländlichen Räumen sind ÖPNV und Infrastuktur so gestaltet, dass junge Menschen mittelfristig nicht mehr auf (motorisierten) Individualverkehr angewiesen sind. Innenstädte werden schnellstmöglich autofrei gestaltet. Verkehrsflächen werden gerecht verteilt: Bei allen Baumaßnahmen wird auch die notwendige Fahrradinfrastruktur verbindlich berücksichtigt. Das Fuß- und Radwegenetz sowie der öffentliche Verkehr werden insbesondere in ländlichen Räumen priorisiert und massiv ausgebaut. Außerdem wird ein sofortiges Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 30 km/h innerorts eingeführt. Zudem gibt es ein kostenfreies Deutschlandticket für junge Menschen. Gemeinden und Städte sind so gestaltet, dass sie lebenswerte Orte sind, die die Gesundheit und Lebensqualität aller Menschen erhöhen.

- **Der Öffentliche Nahverkehr ist an Bedürfnisse junger Menschen angepasst**. Es gibt eine dichtere Taktung von Bussen und Bahnen, Nachtfahrten sowie mehr Fahrten am Wochenende. Menschen mit und ohne Behinderung ist die Nutzung des ÖPNV gleichberechtigt möglich und auch der Transport mit Fahrrädern oder Gepäck ist unkompliziert. Haltestellen werden hell, sauber und sicher umgestaltet und stellen keine Angsträume mehr dar. Die nachhaltige und selbstbestimmte Gestaltung des sozialen Lebens von jungen Menschen wird so ermöglicht.

9. Global vernetzt & solidarisch

Junge Menschen wachsen in einer globalisierten und vernetzten Welt auf. Um sich mit den Prozessen von Globalisierung auseinanderzusetzen, können alle jungen Menschen internationale Erfahrungen sammeln, insbesondere im Rahmen von Jugendbegegnungen. Diese fördern Solidarität, Versöhnung, den Einsatz für die Demokratie und das Engagement für soziale Gerechtigkeit. Menschen allen Alters ist bewusst, dass wir nicht losgelöst von anderen leben können. Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft stellt das Wohl aller jungen Menschen in den Fokus und sorgt für gleiche Chancen auf Bildung, Sicherheit und Teilhabe, sowie Vernetzung und Solidarität, von der alle jungen Menschen profitieren. Das bedeutet für uns:

- **Deutschland fördert Jugendbegegnungen über Grenzen hinweg**. Die Förderung von internationalen Begegnungen stärkt die Wahrnehmung von vielfältigen Lebensrealitäten. Ein unkompliziertes Verfahren zur Beantragung und Vergabe von Visa ermöglicht die Teilnahme an internationalen Jugendaustauschen und Fachkräftebegegnungen für alle Menschen. Als zentrales Förderinstrument der internationalen Jugendarbeit wird der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) gestärkt und bedarfsgerecht ausgestattet.
- **Entwicklungspolitische Bildung hilft (jungen) Menschen, sich ihre Welt kritisch zu erschließen und mitzugestalten**. Es wird sichergestellt, dass

alle jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, sich mit globalen Themen und Zusammenhängen auseinanderzusetzen sowie die Reflexion der eigenen Verwobenheit in globale Strukturen, Ungerechtigkeiten und koloniale Kontinuitäten auch in der Schule fächerübergreifend und –vernetzend zu reflektieren.

- **Für viele junge Menschen ist die europäische Union selbstverständlich.** Deshalb setzt sich die deutsche Politik dafür ein, dass sie als wichtiger Zusammenschluss verschiedenster Staaten fortbesteht und weiter demokratisiert wird.
- **Innerhalb der europäischen Union werden entsprechend des Schengen-Abkommens keine Grenzkontrollen durchgeführt.** Deutschland setzt sich für eine entsprechende Umsetzung ein und führt selbst keine Kontrollen durch.
- **Die EU richtet ihre Asyl- und Migrationspolitik konsequent an menschenrechtlichen Standards und internationalem Recht aus.** An den europäischen Außengrenzen werden menschenwürdige Einreise- und Asyloptionen für alle Menschen durchgesetzt. Dabei wird das Recht auf Asyl nicht ausgehöhlt und Asylverfahren nicht in Drittstaaten ausgelagert. Vielmehr werden stattdessen faire, rechtsstaatliche und menschenrechtskonforme Verfahren innerhalb der EU garantiert. Das beinhaltet den entschiedenen Einsatz gegen gefängnisähnliche Auffanglager und für Seenotrettung.
- **Deutschland selbst schafft humanitäre Migrations- und Asylverfahren, die so unbürokratisch und schnell wie möglich sind.** Das erlaubt allen jungen Menschen, die bereits in Deutschland leben oder nach Deutschland kommen, sich schnell und selbstbestimmt einzubringen und zu entwickeln.
- **Deutschland setzt sich weltweit aktiv für Kinderrechte, Frauenrechte und Menschenrechte insgesamtein.** Die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik folgt feministischen Grundsätzen[17] und setzt sich für das Recht auf Bildung[18] von insbesondere Mädchen und jungen Frauen sowie Frieden und Sicherheit weltweit ein. Dabei wird die Realisierung von Kinder- und Menschenrechten aktiv gefördert, indem sie gezielt die Rechte von Mädchen und FINTA* stärkt und marginalisierte Gruppen beteiligt. Junge Menschen werden dabei als Friedensakteur*innen anerkannt und in friedensfördernde Prozesse eingebunden, um gleichberechtigte Teilhabe für alle zu ermöglichen und patriarchale Machtstrukturen zu überwinden. Frauen, FINTA* und junge Menschen nehmen so eine stärkere Rolle in politischen Entscheidungsprozessen ein.
- **Deutschland geht verantwortungsvoll mit seiner Rolle als Industrienation um.** Das bedeutet im ersten Schritt eine kritische Reflexion der eigenen Rolle im Zuge der Industrialisierung und die Anerkennung des Leids, das Deutschland durch seine Ausbeutung anderer Regionen verursacht hat. Als Entschädigung unterstützt Deutschland die betroffenen Regionen und

Nationen, wobei die Maßnahmen von den Empfänger*innen bestimmt werden.

- **Deutschland ist sich seiner Verantwortung in der Welt bewusst**, da die Art zu wirtschaften und zu produzieren direkte Auswirkungen auf Lebens- und Arbeitsbedingungen im Globalen Süden hat. Die wirtschaftlichen Praktiken sind daher darauf ausgerichtet, sozialen Ungleichheiten und der Armut im Globalen Süden entgegenzuwirken. Deutschland leistet einen fairen Beitrag, um bestehende Ungerechtigkeiten auszugleichen und durch gezielte Entwicklungs- und Klimafinanzierung zu einer nachhaltigen und gerechten globalen Zukunft beizutragen. Dabei wird zusätzlich die 0,7%-Quote des Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) verlässlich und langfristig deutlich übertroffen und beträgt dabei mindestens 2%.
- **Der faire Handel wird als Instrument zur Förderung sozialer Gerechtigkeit für junge Menschen im Globalen Süden gestärkt.** Die Förderung von fairen Handelspraktiken wird als zentrales Instrument zur Überwindung von Ungleichheiten in der globalen Wirtschaft gesehen. Dabei umfassen öffentliche Beschaffungen nur faire Produkte, um eine Vorbildfunktion zu schaffen sowie nachhaltigen Konsum zu fördern. Dies wird konsequent auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verbindlich umgesetzt und weiterentwickelt
- **Deutschland richtet seine Handelspolitik im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation aus undsetzt sich für die Dekolonialisierung internationaler Handelsregeln ein.** Nachhaltigkeitskapitel in Handelsabkommen werden verbindlich und mit Sanktionen belegt, um Menschenrechte und Umweltschutz zu gewährleisten. Zudem setzt Deutschland die EU-Richtlinie zur nachhaltigen Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CSDDD) zügig und ambitioniert um, um sicherzustellen, dass Unternehmen in ihren globalen Lieferketten Umwelt- und Menschenrechtsstandards einhalten. Der faire Handel wird gezielt gefördert, um Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Wirtschaft zu stärken.
- **Deutschland verabschiedet ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das mehr Transparenz bei Exporten sicherstellt und die Einhaltung der Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht als Prinzipien beinhaltet.** Waffenlieferungen deutscher Unternehmen an autoritäre Regime werden verboten.

Schlusswort:

Wir fordern alle Politiker*innen und Parteien auf, sich für kinder- und jugendgerechte Perspektiven in der Ausgestaltung von Politik und Gesetzen einzusetzen. Für uns als BDKJ ist klar:

- Wir brauchen eine **feministische Jugendpolitik** und damit eine Politik, die junge Menschen in **ihrer Vielfalt** wahrnimmt, die ihnen **zuhört**, sie **ernst**

nimmt, **beteiligt**, **fördert** und **empowert**. Eine Politik, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als Gegenwart und Zukunft der Demokratie begreift, die sie als **Zielgruppe** sieht, **direkt adressiert** und ihre **Interessen politikfeldübergreifend** einbezieht.

- Wir brauchen eine Politik, die **Demokratie als Gestaltungsraum für Menschen allen Alters** versteht und die Spielregeln für das gesellschaftliche Miteinander gemeinsam entwickelt. Eine Politik, die **Generationengerechtigkeit** zu einem ihrer Leitziele erklärt.
- Wir brauchen eine Politik, die sich **löst** von einem **adultistischen Maßstab**. Eine Politik, die **junge Menschen** nicht nur als Kinder ihrer Eltern, sondern als **gleichwertigen Teil der Gesellschaft** anerkennt: als Bürger*innen, die mit **Rechten** ausgestattet sind und die den **Anspruch** haben, dass diese auch umgesetzt werden.
- Wir brauchen eine Politik, die Kinder und Jugendliche nicht nur als Schüler*innen, Konsument*innen, potentiell Erwerbstätige und zukünftige Steuerzahler*innen betrachtet, sondern ihnen Zeit gibt zum **Ausprobieren** und (aneinander) wachsen, die sie **Verantwortung** übernehmen lässt und Freiräume bietet, sich ohne Leistungsdruck immer wieder neu zu entdecken und weiterzuentwickeln. Eine Politik, die **außerschulische Erfahrungsräume der Selbstwirksamkeit** als wichtigen Bestandteil des Aufwachsens begreift.
- Wir brauchen eine Politik, die jeglicher Form von Diskriminierung, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in unterschiedlichem Maße betrifft, Handfestes entgegensetzt und durch umfassende Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt allen jungen Menschen ein sicheres und gesundes Aufwachsen ermöglicht.
- Wir brauchen eine Politik, die vom Bewusstsein lebt, dass junge Menschen diejenigen sind, die mit den **Konsequenzen politischer Entscheidungen am längsten leben** müssen. Eine Politik, die daher auch **verantwortungsvoll mit der Lebensgrundlage** junger und zukünftiger Generationen umgeht.

Wir brauchen eine Politik, die eine Gesellschaft mit und für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gestaltet. **Eine Politik**, die ressortübergreifend konsequent **kinder- und jugendgerecht** ausgerichtet ist und **unsere Demokratie so zukunftsfähig macht**.

[1] s. hierzu: Freiwilligensurvey (2019), Wirksamkeitsdialog NRW (2023), Sinus-Jugendstudie (2024).

[2] In der UN-Kinderrechtskonvention wird Partizipation als Grundrecht aller Kinder und Jugendlichen festgeschrieben.

[3] s. BDKJ-Beschluss: **Jugend beteiligen jetzt! (2019)**

[4] s. BDKJ-Beschluss: **Geschlechterparität in allen deutschen Parlamenten – jetzt (2019):** Wir setzen uns für eine umfassende Gleichberechtigung aller

Geschlechter ein. Die Geschlechterparität von Frauen und Männern ist darum für uns nur der erste - längst überfällige - Schritt. Wir werden die Debatte weiterführen und voranbringen mit dem Ziel, das binäre Geschlechtermodell perspektivisch hinter uns zu lassen. Wir setzen uns ein für die Gleichberechtigung im Grundgesetz und in allen Lebensbereichen, explizit auch für Menschen, die sich nicht im binären Geschlechtermodell verorten.

[5] Dazu gehört, das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** um Diskriminierungskategorien zu erweitern, die die Lebensrealitäten junger Menschen in ihrer Vielfalt abbilden und auch denjenigen Schutz bieten, die aufgrund ihres sozialen Status, ihrer Sprache, ihrer Staatsangehörigkeit, einer chronischen Krankheit, ihres Körpergewichts oder ihrer familiären Fürsorgeverantwortung diskriminiert werden. Zudem wird Artikels 3 des Grundgesetzes um das Diskriminierungsmerkmal sexuelle Identität erweitert. Zugleich wird dort der Begriff „Rasse" gestrichen.

[6] s. hierzu BDKJ-Beschluss:**Gemeinsam aufstehen gegen Antifeminismus** (2024).

[7] s. hierzuBDKJ-Beschluss:**Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus**(2024).

[8] s. BDKJ-Beschluss: **Die Würde des Menschen ist bedingungslos – Für eine zukunftsfähige Gesellschaft** (2023).

[9] s. BDKJ-Beschluss: **Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen (**2024) sowie BDKJ-Beschluss: **Teilhabe, Lebenswelt und Digitale Mündigkeit – unsere digitalpolitischen Grundhaltungen** (2018).

[10] s. hierzu **25. General Comment**, der die vier Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention aufgreift und daraus Forderungen für den digitalen Raum ableitet, nämlich: Nichtdiskriminierung, Vorrang des Kinderwohls, Recht aus Leben, Überleben und Entwicklung und Berücksichtigung der Perspektive des Kindes.

[11] s. BDKJ-Beschluss: **Gemeinsam aufstehen gegen Antifeminismus** (2024).

[12] s. BDKJ-Beschluss: **Frauen*hass im Netz ist real – Gewalt gegen Frauen* endlich beenden** (2021).

[13] s. BDKJ-Beschluss:**Frei(t)Räume verwirklichen**! (2015).

[14] s. hierzu BDKJ-Beschluss:**Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit** (2021).

[15] s. hierzu BDKJ-Beschluss:**Klimageld jetzt. Für mehr soziale Gerechtigkeit** (2024).

[16] s. hierzu BDKJ-Beschluss:**Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken** (2023).

[17] s. hierzu BDKJ-Beschluss: **Feministische Entwicklungspolitik – Eine Frage von Gerechtigkeit** (2024).

[18] s. hierzu BDKJ-Beschluss: **Kampf von Mädchen und Frauen weltweit**

861 **unterstützen** (2023).

Begründung

- Die Hauptversammlung hat im Mai dieses Jahres entschieden, dass im Mittelpunkt des Aktionsrahmens zur Bundestagswahl 2025 die Demokratiearbeit stehen soll. "Fokus und Rahmen sollen auf den emanzipatorischen Möglichkeiten liegen, eine lebenswerte, vielfältige Gesellschaft mitzugestalten und Selbstwirksamkeit zu fördern". Der Beschluss sieht vor, dass dazu eine **gemeinsame Positionierung verabschiedet wird, in der sich eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaftsvision des BDKJ konkretisiert.**

- Hierzu ist in den vergangenen Wochen - unter intensiver Mitwirkung der Bundesvernetzungsgruppe Demokratie, des Entwicklungspolitischen Ausschusses, des Digitalpolitischen Ausschusses, des BDKJ-Bundesfrauenpräsidiums sowie der Hauptausschussmitglieder im Arbeit für alle e.V. - dieser Antrag entstanden.

- Wie gewünscht, enthält das Positionspapier eine verdichtete Zusammenstellung zentraler Perspektiven des BDKJ, die die bestehende Beschlusslage zusammenfassen und sinnvoll erweitern. Es ist in neun Kapitel untergliedert und damit insgesamt umfangreich, um daraus bedarfsorientiert inhaltliche Schwerpunkte, politische Forderungen und öffentlichkeitswirksame Narrative für die Arbeit im Rahmen der Demokratieoffensive ableiten zu können.

  Dazu der Hinweis: Es ist vorgesehen, dass im Nachgang **a)** OnePager der verschiedenen Kapitel, **b)** eine Version in Einfacher Sprache sowie **c)** eine digitale Audiofassung des Beschlusses erstellt werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.